

## Beschluss Leitantrag: Mehr für viele, statt für wenige

Antragsteller\*innen:

Tagesordnungspunkt: TOP 8 Anträge

### Antragstext

1 Es ist Zeit für eine gerechtere Zukunft in Rheinland-Pfalz: Während einige vom  
2 Wohlstand profitieren, bleibt für viele der Zugang zu grundlegenden Ressourcen  
3 und Chancen eingeschränkt. Dies betrifft nicht nur den ländlichen Raum oder  
4 sozial schwächere Schichten, sondern zieht sich quer durch die Gesellschaft:  
5 Menschen mit Migrationshintergrund, Frauen, Jugendliche, aber auch ältere  
6 Menschen und Familien in prekären Lebenslagen spüren täglich Ungerechtigkeiten,  
7 während die Reichen immer reicher werden.

8 Wir können nicht länger zusehen, wie sich diese Kluft vergrößert. Es ist Zeit  
9 für einen grundlegenden Wandel: Eine gerechte Umverteilung von Ressourcen und  
10 Chancen muss das Ziel sein. Der Anspruch „Mehr für viele, statt für wenige“ darf  
11 keine Floskel bleiben, sondern muss in konkretes politisches Handeln übersetzt  
12 werden. Rheinland-Pfalz kann und muss zum Vorbild werden, indem es den Zugang zu  
13 fairer und guter Bildung, einer menschlichen und nicht profitorientierten  
14 Gesundheitsversorgung, Mobilität und sozialer Teilhabe für alle sichert –  
15 unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder Wohnort.

16 Integration statt Ausgrenzung – Migration gemeinsam gestalten

17 Migration ist Teil unserer Realität. Menschen kommen nach Rheinland-Pfalz, weil  
18 sie hier eine Zukunft suchen – sei es aus wirtschaftlichen Gründen, wegen Krieg  
19 oder Verfolgung. Doch anstatt Integration zu fördern, erleben viele  
20 Migrant\*innen Hürden: sei es durch mangelnde Sprachförderung, erschwerten Zugang  
21 zum Arbeitsmarkt oder Diskriminierung im Alltag. Eine faire Umverteilung von  
22 Ressourcen bedeutet auch, dass Menschen mit Migrationshintergrund die gleichen  
23 Chancen haben müssen wie alle anderen in unserem Land. Wir stehen unausweichlich  
24 für ein Menschenrecht auf Asyl und werden nicht erst laut, wenn der Staat durch  
25 Abschiebungen Bargeld in die Hände der Taliban gibt. Mit Terroristen verhandelt  
26 man nicht!

27 Und auch die Bezahlkarte für Asylsuchende und Migrant\*innen ist ein System, das  
28 wir ablehnen, weil es Autonomie einschränkt und Menschen stigmatisiert. Statt  
29 finanzieller Unterstützung in Form von Bargeld zwingt die Karte die Betroffenen,  
30 in bestimmten Geschäften zu kaufen, was ihre Freiheit und Teilhabe stark  
31 einschränkt. Durch die Karte können keine öffentlichen Verkehrsmittel genutzt  
32 werden oder an sozialen und kulturellen Aktivitäten teilgenommen werden. Zudem  
33 führt die Karte zu Ausgrenzung, da sofort sichtbar wird, dass jemand auf  
34 staatliche Unterstützung angewiesen ist.

35 Deshalb fordern wir:

- 36 • Verbindliche Sprachförderung ab dem ersten Tag: Jede\*r Migrant\*in, ob neu  
37 zugezogen oder schon länger hier, soll Zugang zu kostenlosen und  
38 intensiven Sprachkursen erhalten.
- 39 • Anerkennung ausländischer Abschlüsse vereinfachen: Die Hürden für die  
40 Anerkennung beruflicher Qualifikationen müssen gesenkt werden, damit  
41 Migrant\*innen schneller in den Arbeitsmarkt integriert werden können.
- 42 • Antidiskriminierung stärken: Auf allen Ebenen, ob in der Verwaltung, im  
43 Bildungssystem oder am Arbeitsplatz, müssen wir Diskriminierung bekämpfen  
44 und Menschen mit Migrationshintergrund die volle Teilhabe garantieren.
- 45 • Die Abschaffung der Bezahlkarte und direkte finanzielle Unterstützung in  
46 Form von Bargeld, um den Menschen Selbstbestimmung und Würde zu  
47 ermöglichen.
- 48 - Abschiebemoratorium für alle Ausländerbehörden in RLP. Die Überprüfung  
49 des Schutzstatus hat höchste Priorität mit dem Ziel einen humanitären  
50 Schutz für die größtmögliche Anzahl an Menschen bereitzustellen. Wir  
51 widersprechen Abschiebungen im großen Stil und stehen für ein weltoffenes,  
52 tolerantes Deutschland für alle! Das Innenministerium RLP ist dazu  
53 angewiesen.

54 Gesundheit für alle

55 Ein Blick auf die Gesundheitsversorgung in Rheinland-Pfalz zeigt eine deutliche  
56 Schieflage. Während in urbanen Gebieten der Zugang zu Ärzt\*innen und  
57 Krankenhäusern in der Regel gesichert ist, sieht die Situation auf dem Land  
58 düster aus. Der Ärztemangel und die Schließung von Krankenhäusern führen dazu,  
59 dass viele Menschen im ländlichen Raum weite Wege für die Gesundheitsversorgung  
60 in Kauf nehmen müssen. Das kann nicht akzeptabel sein.

61 Wir wollen ein Gesundheitssystem, welches für alle da ist und setzen uns  
62 deshalb ein für:

- 63 • Ärztliche Versorgung im ländlichen Raum sichern: Es braucht gezielte  
64 Programme zur Ansiedlung von Ärzt\*innen in strukturschwachen Regionen, z.  
65 B. durch finanzielle Anreize und flexible Arbeitsmodelle.
- 66 • Krankenhäuser vor Ort stärken: Kleine Krankenhäuser im ländlichen Raum  
67 müssen erhalten und finanziell gestärkt werden, um die Grundversorgung  
68 sicherzustellen.
- 69 • Telemedizin ausbauen: Digitale Gesundheitsdienste müssen massiv gefördert  
70 werden, damit ärztliche Beratung auch per Videosprechstunde möglich ist,  
71 um Versorgungslücken zu schließen.
- 72 • Auch fordern wir, dass Profitdenken und die immer weiter fortschreitende  
73 Entmenschlichung (Patien\*innen als Ware) in unserem Gesundheitssystem

74 keine Rolle mehr spielen. Die Gesundheit ist das größte Gut eines jeden  
75 Menschen, mit dieser handelt man nicht!

- 76 • Gesundheitsversorgung für trans-Menschen sicherstellen: Ärzt\*innen müssen  
77 ausreichend geschult sein, um trans-Patient\*innen angemessen behandeln zu  
78 können. Stigmatisierungen, Trans-Feindlichkeit oder sonstige  
79 Diskriminierungen dürfen vor allem an solch privaten Orten keinen Platz  
80 haben!

81 Bildung ist für alle da!

82 Bildung ist der Schlüssel zu sozialem Aufstieg, doch leider ist dieser Schlüssel  
83 für viele in Rheinland-Pfalz schwer zugänglich. Noch immer hängt der  
84 Bildungserfolg stark von der sozialen Herkunft und dem Wohnort ab. Schulen in  
85 benachteiligten Stadtteilen oder ländlichen Regionen sind häufig schlechter  
86 ausgestattet, und der Lehrkräftemangel verschärft die Situation. Wenn wir  
87 gleiche Chancen für alle wollen, muss das Bildungssystem radikal gerechter  
88 werden.

89 Unsere Forderungen enden nicht bei "mehr Schulsozialarbeit" und "mehr Geld für  
90 Bildung für nachhaltige Entwicklung" sondern gehen über zu:

- 91 • Chancengleichheit von Anfang an: Kostenfreie und hochwertige frühkindliche  
92 Bildung in Kitas muss garantiert sein, unabhängig vom Einkommen der  
93 Eltern.
- 94 • Lehrkräfte entlasten: Rheinland-Pfalz braucht ein Sofortprogramm zur  
95 Einstellung von mehr Lehrkräften, um kleinere Klassen zu ermöglichen und  
96 eine individuelle Förderung sicherzustellen.
- 97 • Pädagogische Ausbildung der Lehrkräfte verbessern: Leider ist die  
98 pädagogische Ausbildung oft mangelhaft und damit einher geht ein falscher  
99 Umfang mit so verstandenen "Problemkindern", sowohl aus Überforderung als  
100 auch mangelndem Verständnis. Da die Schule jedoch ein enorm wichtiger Teil  
101 in der sozialen Entwicklung der Kinder ist und ihre Erfahrungen und der  
102 Umgang mit ihnen hier ihr weiteres Leben und ihre Entwicklung prägen,  
103 fordern wir eine massive Erhöhung der Quantität und Qualität der  
104 pädagogischen Ausbildung der zukünftigen Lehrkräfte.
- 105 • Digitale Bildung für alle: Alle Schulen müssen flächendeckend mit moderner  
106 IT-Infrastruktur ausgestattet werden. Schüler\*innen sollen kostenlos  
107 Laptops oder Tablets erhalten, um die digitale Spaltung zu überwinden.  
108 Glasfaser für jede Schule
- 109 • Noten abschaffen: Wir sehen Noten als willkürliche Bewertungsmethode an!  
110 Alternative Bewertungsmethoden, die pädagogisch wertvoll, transparent und  
111 fair streben wir an. Noten sind nicht objektiv oder aussagekräftig, sie  
112 schaffen lediglich eine Schule, die auf Konkurrenz basiert. Das System  
113 funktioniert nur, wenn Schüler:innen zurückbleiben. Wir wollen eine Schule  
114 die, Schüler:innen in den Mittelpunkt stellt. Es geht darum das Beste aus  
115 jedem Einzelnen zu machen. Wir sind für eine inklusive Schule - wir  
116 stellen Noten in Frage und eine Zwei-Klassen-Gesellschaft dürfen wir in  
117 der Bildung nicht zulassen!

118 Ländlicher Raum für alle:

119 Der ländliche Raum in Rheinland-Pfalz ist seit Jahren benachteiligt. Fehlende  
120 Infrastruktur, schlechte Verkehrsanbindungen und der Rückzug von  
121 Dienstleistungen führen dazu, dass immer mehr Menschen die Dörfer verlassen und  
122 in die Städte ziehen. Das Ergebnis: Leerstand, wirtschaftlicher Niedergang und  
123 soziale Isolation. Es darf nicht sein, dass der ländliche Raum von der  
124 Entwicklung abgehängt wird. So legen wir den Nährboden für eine tiefreichende  
125 Unzufriedenheit, bei welcher rechter Populismus einfach verfängt.

126 Wir wollen Schluss mit der Landflucht machen und setzen uns deshalb für:

- 127 • Schnelles Internet für alle: Flächendeckender Breitbandausbau muss zur  
128 Priorität werden, damit der ländliche Raum wirtschaftlich und sozial  
129 wieder attraktiv wird.
- 130 • Nahversorgung sichern: Es braucht staatliche Förderprogramme, um die  
131 Grundversorgung im ländlichen Raum – von Einkaufsmöglichkeiten bis hin zu  
132 Post- und Bankdienstleistungen – zu erhalten.
- 133 • Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe: Wir müssen die regionale  
134 Wirtschaft durch gezielte Fördermaßnahmen stärken, um Arbeitsplätze vor  
135 Ort zu schaffen und Abwanderung zu verhindern.

136 Freie Fahrt für alle

137 Ein funktionierender öffentlicher Personennahverkehr ist ein Grundpfeiler für  
138 soziale Teilhabe. Doch der ÖPNV in Rheinland-Pfalz ist nicht nur teuer, sondern  
139 oft auch unzuverlässig und schlecht ausgebaut, vor allem im ländlichen Raum.  
140 Menschen ohne Auto sind hier massiv benachteiligt. Wenn wir eine gerechte  
141 Gesellschaft wollen, müssen wir den ÖPNV radikal ausbauen und für alle  
142 zugänglich machen.

143 Forderungen:

- 144 • Ein kostenloses D-Ticket für Schüler:innen, Student\*innen, Azubis und  
145 Menschen in prekären Lebenssituationen
- 146 • Bessere Anbindung des ländlichen Raums: Der ÖPNV im ländlichen Raum muss  
147 ausgebaut werden, mit häufigeren Verbindungen und besserer Taktung.
- 148 • Förderung von E-Mobilität im ÖPNV: Um den öffentlichen Verkehr  
149 umweltfreundlicher zu gestalten, müssen mehr Elektrobusse und  
150 emissionsarme Verkehrsmittel eingesetzt werden.
- 151 • Tausch Führerschein gegen kostenloses D-Ticket: Es muss die Möglichkeit  
152 geschaffen werden, vor allem für ältere Menschen, ihren Führerschein gegen  
153 ein kostenloses, lebenslanges D-Ticket tauschen zu können.

154 Eine gerechte und lebenswerte Zukunft für die Jugend

155 Junge Menschen sind die Zukunft unseres Landes, aber oft fehlt ihnen die  
156 Unterstützung, die sie brauchen, um ihre Potenziale voll auszuschöpfen. In  
157 vielen Regionen gibt es kaum Freizeit- und Bildungsangebote, und die Abwanderung  
158 von Jugendlichen aus strukturschwachen Gebieten nimmt weiter zu. Wenn wir

159 verhindern wollen, dass der ländliche Raum weiter ausblutet, müssen wir den  
160 jungen Menschen eine Perspektive bieten.

161 Wir wollen:

162 • Mehr Jugendzentren und Freizeitangebote: Junge Menschen brauchen vor Ort  
163 sichere Räume, in denen sie sich entfalten können – besonders im  
164 ländlichen Raum.

165 • Ausbildungsplätze schaffen: Es braucht ein landesweites  
166 Ausbildungsplatzprogramm, das gezielt in ländlichen Regionen Arbeits- und  
167 Ausbildungsmöglichkeiten fördert.

168 • Politische Teilhabe stärken: Jugendparlamente und Jugendräte müssen auf  
169 Landes- und Kommunalebene mehr Mitsprachemöglichkeiten erhalten, um die  
170 Belange der jungen Generation stärker zu berücksichtigen.

171 • Senkung des Wahlalters für Kommunalwahlen RLP auf 16 Jahre und auch des  
172 passiven Wahlrechts auf 16 Jahre: Die Jugend ist politisiert und verdient  
173 eine gerechte Stimme. Wir müssen wahr- und ernstgenommen werden. Die  
174 bisherigen Altersgrenzen sind willkürlich und an Strafmündigkeit  
175 orientiert. Das ist ein falscher Zusammenhang. Sozialisation und  
176 Meinungsbildung beginnen früher. Politische Entscheidungen betreffen jedes  
177 Alter - und wie in der Coronakrise erlebt sogar noch sehr ungleichmäßig  
178 stark. Zudem reichen die Auswirkungen bis weit in die Zukunft. In die  
179 Zukunft unsere Jugend und künftiger Generationen.

180 Mehr Gleichberechtigung und Unterstützung für Frauen statt Privilegien für  
181 Wenige

182 Frauen\* sind in vielen Bereichen nach wie vor benachteiligt. Ob im Beruf, bei  
183 der Bezahlung oder in der politischen Teilhabe – die Gleichstellung ist noch  
184 lange nicht erreicht. Frauen tragen oft die Hauptlast der Care-Arbeit und sind  
185 in Führungspositionen unterrepräsentiert. Eine gerechte Umverteilung muss auch  
186 die Gleichberechtigung der Geschlechter in den Fokus rücken.

187 Lasst uns die Verhältnisse zum tanzen bringen:

188 • Gleicher Lohn für gleiche Arbeit: Die Lohnlücke zwischen Männern und  
189 Frauen (“gender pay gap”) muss geschlossen werden – dafür braucht es  
190 verbindliche Maßnahmen.

191 • Stärkung der Frauenhäuser und Beratungsstellen: Frauen, die von Gewalt  
192 betroffen sind, müssen besseren Zugang zu Schutz und Unterstützung  
193 erhalten. Hierfür brauchen Frauenhäuser und Beratungsstellen eine stärkere  
194 finanzielle Unterstützung.

195 • Abtreibungen innerhalb der ersten 3 Schwangerschaftsmonate müssen  
196 legalisiert werden. Der Körper einer Frau gehört ihr ohne Kompromisse -  
197 und keine andere Person als sie darf über ihn bestimmen.

198 Inklusion für alle: Barrieren abbauen, Chancen gerecht verteilen

199 „Mehr für viele statt für wenige“ müssen wir sicherstellen, dass niemand  
200 aufgrund von Einschränkungen ausgegrenzt wird. Eine inklusive Gesellschaft  
201 bedeutet, dass jede\*r die Möglichkeit hat, sich gleichberechtigt einzubringen  
202 und am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.

203 Besonders in ländlichen Regionen von Rheinland-Pfalz ist der Zugang zu  
204 inklusiven Angeboten oft stark begrenzt. Schulen sind nicht ausreichend  
205 ausgestattet, um den Bedürfnissen von Kindern mit Behinderungen gerecht zu  
206 werden. Es fehlen barrierefreie Zugänge, spezialisierte Lehrkräfte und inklusive  
207 Lernmaterialien. Der Zugang zu inklusiven Freizeitangeboten ist ebenfalls stark  
208 eingeschränkt – viele Sportvereine, Jugendzentren oder kulturelle Einrichtungen  
209 sind für Menschen mit Behinderungen nur schwer nutzbar.

210 Eine gerechte Umverteilung muss hier ansetzen: Inklusion braucht Investitionen  
211 in Schulen, Freizeitangebote und öffentliche Räume, damit sie für alle  
212 zugänglich sind. Es geht darum, die Barrieren im Alltag abzubauen und  
213 sicherzustellen, dass Menschen mit Behinderungen gleichwertige Mitglieder der  
214 Gesellschaft sind – ob im Bildungsbereich, am Arbeitsplatz oder in der Freizeit.

215 Unsere Forderungen sind daher klar:

- 216 • Barrierefreie Infrastruktur in Schulen, öffentlichen Verkehrsmitteln und  
217 Freizeitstätten muss ausgebaut werden.
- 218 • Inklusionsförderung in Bildung: Mehr spezialisierte Lehrkräfte, kleinere  
219 Klassen und ausreichend finanzielle Mittel, um individuelle Förderungen zu  
220 ermöglichen.
- 221 • Zugang zu inklusiven Freizeitangeboten: Sport- und Kulturangebote sollen  
222 für Menschen mit Behinderungen zugänglich gemacht und finanziell gefördert  
223 werden.

224 Obdachlosigkeit konsequent bis 2030 beenden

225 Zu Menschen in der Obdachlosigkeit zählen nicht nur die, die auf der Straße  
226 leben, sondern alle, die keinen festen Mietvertrag oder Eigentum aufweisen  
227 können. Das Leben ohne eigene Wohnung birgt viele Risiken und erschwert unter  
228 anderem die weitere Wohnungssuche, die soziale Teilhabe und gefährdet die  
229 Gesundheit. Je länger Menschen ohne Wohnung leben, desto größer sind die Risiken  
230 für chronische oder psychische Erkrankungen.

231 Sowohl die EU als auch unsere Bundesregierung haben sich zum Ziel gesetzt, die  
232 Wohnungslosigkeit bis 2030 zu überwinden.

233 Dieses Ziel wollen wir mit diesen Forderungen auch in Rheinland-Pfalz umsetzen:

- 234 • niedrigschwellige Angebote für Obdachlose, vor allem für obdachlose  
235 Frauen, schaffen: wohnungslose Frauen sind viel eher vom Gewalt betroffen  
236 als obdachlose Männer. Gewalt ist auch häufig ein Grund, warum Frauen  
237 überhaupt in die Obdachlosigkeit abrutschen.
- 238 • Housing first: Obdachlose Personen oder Familien brauchen als erstes eine  
239 stabile Unterkunft, alle anderen Angelegenheiten können danach angegangen

240 werden. Dazu muss jedoch die Sozialarbeit unbedingt auch nach dem Einzug  
241 in die eigene Wohnung weitergeführt werden.

242 • Mehr Wohnungen bauen: Logisch, wer Wohnungslosigkeit bekämpfen will,  
243 braucht genügend Wohnungen! Dazu gehört aber auch die Bekämpfung des  
244 Leerstandes, der in vielen Kommunen herrscht.

245 • Kälte und -Hitzeschutz anbieten: Obdachlosigkeit zu bekämpfen ist ein  
246 langer Prozess, bis dahin müssen die Betroffenen weiterhin vor Hitze und  
247 Kälte geschützt werden. Diese Maßnahmen müssen stärker finanziert und  
248 ausgebaut werden, damit sie nicht auf den Schulzern der Ehrenamtlichen  
249 hängenbleiben.

250 Nur mit diese Maßnahmen können wir eine gerechte Umverteilung erreichen, die  
251 sicherstellt, dass alle Menschen – unabhängig von ihren individuellen  
252 Voraussetzungen – gleichberechtigt am Leben in Rheinland-Pfalz teilhaben können.

253 Gesellschaftliche Umverteilung in Rheinland-Pfalz bedeutet, das Ungleichgewicht  
254 zwischen Stadt und Land, zwischen Arm und Reich, zwischen Geschlechtern und  
255 Generationen zu überwinden. Wir wollen ein Land, in dem jede\*r die gleichen  
256 Chancen hat, unabhängig von der Herkunft, dem Wohnort oder dem sozialen Status.  
257 „Mehr für viele, statt für wenige“ darf kein Lippenbekenntnis bleiben – es muss  
258 zur politischen Realität werden. Es ist Zeit für eine gerechtere Zukunft in  
259 Rheinland-Pfalz.